



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

16. Sitzung (öffentlich)

14. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Referat III.1

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushalts des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000
Drucksache 18/6500 (Ergänzung)

Ausschussprotokoll 18/368

In Verbindung mit:

Landesregierung muss Attraktivitätsoffensive für den Öffentlichen Dienst fortsetzen - Staatliche Handlungsfähigkeit in Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels sichern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4571

Ausschussprotokoll 18/368

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen - PfoG) sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5467

Ausschussprotokoll 18/368

Stellungnahme 18/868
Stellungnahme 18/881
Stellungnahme 18/913
Stellungnahme 18/932
Stellungnahme 18/937

Im Ergebnis **empfiehlt** der Unterausschuss Personal, das Haushaltsgesetz und seine Anlagen (Personaletat 2024) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD **unverändert anzunehmen**.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD sowie bei Enthaltung der SPD-Fraktion **lehnt** der Unterausschuss den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/4571, **ab**.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD **stimmt** der Unterausschuss dem Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 18/5467 (Pensionsfondsgesetz NRW) **zu**.

2 Einstellungszusagen für 2023 für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz

7

Vorlage 18/1587
Vorlage 18/1920

3 Geplantes Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz

8

Vorlage 18/1666

4	Gesundheitsbericht der Landesregierung - Auswertung von Fehlzeiten der Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2022	9
	Vorlage 18/1573	
5	Ergänzungen zum Thema „Nachfrage zu Vorlage 18/1411“	10
	Vorlage 18/1794	
6	Verschiedenes	11
	a) Sitzungstermin 24.09.2024	11
	b) Schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum „Hinweisgeberschutzgesetz“, Drucksache 18/5468	11
	c) Präsenzanhörung zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/6368 „Besoldungswidersprüche“	11
	d) Sitzungstermin 16.01.2024	11

1 Gesetz über die Feststellung des Haushalts des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000
Drucksache 18/6500 (Ergänzung)

Ausschussprotokoll 18/368

In Verbindung mit:

Landesregierung muss Attraktivitätsoffensive für den Öffentlichen Dienst fortsetzen - Staatliche Handlungsfähigkeit in Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels sichern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4571

Ausschussprotokoll 18/368

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen - PfoG) sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5467

Ausschussprotokoll 18/368

Stellungnahme 18/868
Stellungnahme 18/881
Stellungnahme 18/913
Stellungnahme 18/932
Stellungnahme 18/937

Der Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans 2024 des Landes Nordrhein-Westfalen (Drucksache 18/5000) wurde vom Plenum am 23.08.2023 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts unter Beteiligung des Unterausschusses erfolgt. Am 10.11.2023 hat die Landesregierung dem Landtag eine Ergänzungsvorlage in der Drucksache 18/6500 vorgelegt. Sie wächst dem Beratungsgegenstand unmittelbar zu und verändert den Haushaltsplanentwurf.

Der Antrag der Fraktion der FDP (Drucksache 18/4571) wurde vom Plenum am 14.06.2023 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an den Unterausschuss Personal überwiesen. Der HFA hat sich darauf verständigt, dass der Antrag im Rahmen der Anhörung zum Personaletat einbezogen wird.

Der Gesetzentwurf „Pensionsfonds NRW“ (Drucksache 18/5467) wurde vom Plenum am 23.08.2023 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an den Unterausschuss Personal und an den Innenausschuss überwiesen. Zu diesem Gesetzentwurf hat der HFA beschlossen, eine Schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Stellungnahmen haben in der Anhörung zum Personaletat Berücksichtigung gefunden.

Zunächst erfolgte die Auswertung der Anhörung vom 17.10.2023. Alle Fraktionen haben ihre Position sowie ihre Wahrnehmung aus der Anhörung unter Berücksichtigung der Schriftlichen Anhörung zum Pensionsfondsgesetz vorgetragen und jeweils für sich bewertet.

Zur abschließenden Beratung des Personalhaushalts 2024 (Drucksachen 18/5000 und 18/6500) sind 12 Änderungsanträge der Fraktion der AfD eingereicht worden. Sie bezogen sich auf die Geschäftsbereiche 03 (Ministerium des Innern), 04 (Ministerium der Justiz) und 20 (Allgemeine Finanzverwaltung). Die vorgelegten Änderungsanträge haben im Unterausschuss keine Mehrheit gefunden.

Im Ergebnis **empfiehlt** der Unterausschuss Personal, das Haushaltsgesetz und seine Anlagen (Personaletat 2024) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD **unverändert anzunehmen**.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD sowie bei Enthaltung der SPD-Fraktion **lehnt** der Unterausschuss den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/4571, **ab**.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD **stimmt** der Unterausschuss dem Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 18/5467 (Pensionsfondsgesetz NRW) **zu**.

Der HFA werde über die Beratungsergebnisse unterrichtet.

2 Einstellungszusagen für 2023 für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz

Vorlage 18/1587

Vorlage 18/1920

Stefan Zimkeit (SPD) merkt an, dass die umfangreiche Vorlage deutlich mache, dass es in dieser Frage sehr unterschiedliche Herangehensweisen innerhalb der Landesregierung gebe. Angesichts dieser Gesamtsituation sei es nicht mehr adäquat, wenn selbst Bezirksregierungen mit der Frage unterschiedlich umgehen. Man habe es mit einer wichtigen Problematik zu tun; nämlich mit der Frage, wie man noch ausreichend Bewerberinnen und Bewerber rekrutieren könne, um den Bedarf in der Landesverwaltung zu decken. Er glaube, die Tendenz sei eindeutig. Die Voraussetzungen für die Einstellung im Öffentlichen Dienst des Landes sinken. Es gebe darüber hinaus eine erhöhte Abbrecherquote. Auch bestehe Handlungsbedarf bei Betreuung und Förderung in allen Ausbildungsbereichen und auf allen Ebenen, insbesondere unter Berücksichtigung verschiedener Ausgangsvoraussetzungen bei den Bewerberinnen und Bewerbern. Auch der Aspekt der Attraktivierung des Öffentlichen Dienstes müsse verstärkt in den Focus genommen werden, um die Anzahl von Bewerberinnen und Bewerbern wieder erhöhen zu können und damit auch die Auswahlmöglichkeiten zu verbessern. Dazu gehöre auch die Frage der Regulierung der Arbeitszeit, der Eingangsbesoldung und der Tarifstruktur, sonst werde sich die Tendenz weiter verschärfen. Stefan Zimkeit glaube, dass eine verbesserte Koordinierung auf Landesebene, mehr Maßnahmen zur Verbesserung des Öffentlichen Dienstes und mehr Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Ausbildung dringend notwendig seien.

3 Geplantes Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz

Vorlage 18/1666

Angesichts der Darstellung und Ankündigung, dass ein entsprechendes Errichtungsgesetz in diesem Kalenderjahr in den Landtag eingebracht werden solle, bestehe laut **Stefan Zimkeit (SPD)** aktuell kein weiterer Erörterungsbedarf. Man werde das Thema verstärkt verfolgen, wenn der Gesetzentwurf vorliege. Grundsätzlich sei es richtig, die Frage des Arbeitsschutzes zu verbessern und zu stärken. Man müsse auch gleichzeitig darauf achten, dass die ohnehin bereits eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Bezirksregierung nicht noch weiter eingeschränkt werde.

4 Gesundheitsbericht der Landesregierung - Auswertung von Fehlzeiten der Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2022

Vorlage 18/1573

Keine Wortbeiträge.

Kenntnisnahme der Vorlage.

5 Ergänzungen zum Thema „Nachfrage zu Vorlage 18/1411“

Vorlage 18/1794

Laut **Stefan Zimkeit (SPD)** beantworte die Vorlage sehr ausführlich und sehr detailliert einen Teil der Nachfrage der SPD. Den zweiten Teil beantworte sie nicht. Es gehe darum festzustellen, wie viele Stellen von Lehrkräften an Schulen, die im Unterricht tätig sind, unbesetzt seien. Das Ministerium für Schule und Bildung spreche von gut 6.000. Die SPD wisse jedoch, dass rund 12.000 Stellen unbesetzt seien. In der Vorlage werde dargestellt, welche Bereiche der Stellen außer unterrichtlich tätig seien. Wie viele davon unbesetzt seien und wie hoch tatsächlich die Zahl der unbesetzten Stellen an Schulen sei, werde nicht dargestellt. Dennoch bedanke sich die SPD für die ausführliche Vorlage, die auch einen deutlichen Einblick gebe, in welchen Bereichen Lehrkräfte außerhalb der Unterrichtstätigkeit eingesetzt werden.

6 Verschiedenes

a) Sitzungstermin 24.09.2024

Der Sitzungstermin am 24.09.2024 wird einvernehmlich auf den 17.09.2024 verlegt.

b) Schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum „Hinweisgeberschutzgesetz“, Drucksache 18/5468

Der federführende Rechtsausschuss hat sein Beratungsverfahren verkürzt. Er beabsichtigt, bereits am 06.12.2023 abschließend zu beraten. Aufgrund der Kürze der Zeit verständigt sich der Unterausschuss, die Mitberatung ohne Abgabe eines Votums abzuschließen.

c) Präsenzanhörung zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/6368 „Besoldungswidersprüche“

Der HFA führt am 16.01.2024 eine Anhörung zum Antrag der FDP durch. Der Unterausschuss beschließt einvernehmlich, sich an der Anhörung zu beteiligen.

d) Sitzungstermin 16.01.2024

Vorsitzende Carolin Kirsch weist darauf hin, dass es sich bei dem Termin am 16.01.2024 um einen Bedarfstermin des Unterausschusses handelt. Sollten dringliche Abstimmungen erforderlich sein, werde nach der Anhörung eine Arbeitssitzung des Unterausschusses einberufen.

gez. Carolin Kirsch
Vorsitzende

22.11.2023/23.11.2023